



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

515 (13.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194319](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194319)

Mannheimer General-Anzeiger

Ergebnisse der Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918. Die Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918. Die Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918.

Badische Neueste Nachrichten

Ergebnisse der Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918. Die Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918. Die Wahlen in Ungarn am 13. Nov. 1918.

Die Völkerbundstagung in Genf.

□ Berlin, 13. November. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der bevorstehenden Eröffnungsfest der Völkerbundstagung wird aus Genf gemeldet: die erste Sitzung wird von dem früheren belgischen Minister des Auswärtigen, Hymans, eingeleitet werden, welcher den Einladungsbrief Wilsons der Versammlung zur Kenntnis bringen wird. Der Schweizerische Bundespräsident wird dann die Eröffnungsrede halten und den Kongress im Namen der Eidgenossenschaft begrüßen. Für die Eröffnungssitzung werden 250 Einladungen an das gesamte diplomatische Korps und andere Behörden gerichtet. Bisher haben 107 Zeitungen aller Länder ihre Vertreter beim Sekretariat angemeldet. Als Einleitung der Arbeiten des Kongresses wird am morgigen Sonntag in der Kathedrale von Genf ein feierlicher Gottesdienst stattfinden. Das Organisationskomitee hat an mehrere Regierungen die Bitte gerichtet, zur Eröffnungsfest Flugzeuggeschwader zu senden. Frankreich und Belgien haben abgelehnt, dagegen hat die holländische Regierung eingewilligt. Von England und Italien ist keine Antwort eingegangen. Weiterhin wurde endgültig beschlossen, nicht nur diese erste Konferenz, sondern alle Sitzungen des Völkerbundes in Genf stattfinden zu lassen, und zwar in regelmäßigen Abständen von zwei Monaten.

Ersuchen Österreichs um Aufnahme in den Völkerbund.
Genf, 12. Nov. (WB.) Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat von der österreichischen Regierung eine Note erhalten, in der Österreich unter Bezugnahme auf Artikel 1. Absatz 2 des Friedensvertrages von St. Germain um Aufnahme Österreichs in den Völkerbund ersucht. U. a. weist Österreich darauf hin, daß sowohl politische wie wirtschaftliche Erwägungen eine sofortige Aufnahme Österreichs in den Völkerbund gebieterisch fordern.

Eupen und Malmédy.

Holländische Stimmen gegen die französisch-belgische Annexionspolitik.
 Haag, 12. Nov. (WB.) Het Vaderland findet es begründlich, daß die Besetzung von Eupen und Malmédy eine schwer zu schließende Wunde zurückgelassen hat. Die deutschen Blätter sprechen nicht mit Unrecht von einer Kamme die der Protestlisten, die niemand habe unterzeichnen können, ohne seine ganze Existenz aufs Spiel zu setzen. Es sei nicht verwunderlich, daß man die Besetzung von Eupen und Malmédy als eine Tat des belgischen Annexionsismus und des französischen Militarismus bezeichne.

Zur Befestigung des Rheinlands äußert sich Het Vaderland: Es steht offen danach aus, als ob einzelne Besatzungsmächte die Besetzungen im Lichte eines Unterpfandes, als in dem einer rein militärischen Machtpolitik, wenn nicht gar einer Annexionspolitik betrachten. Außerdem werde die Presse in Ketten gelegt. Eine Freiheit des Wortes bestehe in dem besetzten Gebiet in keiner Hinsicht. Doch einige deutsche Blätter dazu übergegangen seien, gereizte Ausgebungen für das besetzte Gebiet erscheinen zu lassen, sei bezeichnend genug. — Der sozialdemokratische „Vorwärts“ führt aus: Man dürfe sich darauf gefaßt machen, daß die Regierung Willens sei neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorzubereiten. Es sei Zeit, daß bei einem neuen Versuch, Deutschland üblich in den französischen Sklavendienst zu zwingen, die Stimmen der Völker sich erheben, um endlich dem schwarzen Wert der französischen Reaktion Grenzen zu ziehen. — Der „Standard“ sagt: Deutschland stehe auf allen Seiten tief in Sorgen und nur die Revision des Friedensvertrages von Versailles könne noch eine Lösung bringen.

Ein unwahrer Bericht über Deutschlands Kohlenlage.
Berlin, 12. Nov. (WB.) In der Koblenzer Armeekommission für die amerikanischen Besatzungstruppen vom 9. ds. Mts. berichtet der Berliner Berichterstatter der Chicago News über die Kohlenlage Deutschlands. Der Bericht verleiht sich nicht nur zu der Behauptung, daß von einer eigenständigen Kohlennot nicht die Rede sein könnte, sondern er weist sich dabei sogar auf Erhebungen, die von einer amerikanischen Kommission in Deutschland angestellt worden wäre. Gegen diese Behauptung hat sich der Vertreter der amerikanischen Kommission energisch verwahrt. Niemand sei ein Souverän ermächtigt gewesen, derartige Behauptungen zu tun; auch habe sich die Kommission selbst niemals in diesem Sinne geäußert.

Saarcruken, 12. Nov. (Priv.-Tel.) Der französische Kriegsminister fordert dem „Neuen Saarcruken“ zufolge, in seinem Budgetentwurf für das Jahr 1921 die Summe von 41 750 000 Frs. für die Unterhaltung der Truppen im Saargebiet. Dieser Forderung des vorläufigen Budgets legt eine Aufstellung von 266 Offizieren und 7193 Mann zu Grunde. Auf den Kopf der Saarcruken incl. Offizier entfällt demnach ein Durchschnittsbetrag von 3590 Frs. In diesen Betrag sind alle Ausgaben eingeschlossen.

Die Einigung zwischen Italien und Südlawen.
Santa Margherita Ligure, 12. Nov. (WB.) Der südlawische Vizepräsident Rosanich richtete an den König von Italien ein Ersuchen seines Geburtslandes ein Offizierskorps. Das Ersuchen wird mit dem Ausdruck des Vertrauens auf die Einigung zwischen Italien und Südlawen erwideret.

Paris, 12. Nov. (WB.) Nach einer Etappenmeldung beabsichtigt die Flotte der Admiralität von dem bevorstehenden Abschluß des Vertrages von Santa Margherita, abwärts zu den Inseln zu verfahren, was ihm vor Eintritt in den Hafen zuerkannt worden wäre. Der Vertrag ermächtigt die italienische Flotte, aus dem Zustande der Unbeweglichkeit herauszukommen und in eine Epoche des Friedens einzutreten, der alle berührt. — Nach der „Tribuna“ ist der Vertrag von Santa Margherita eine bessere Lösung als alle früheren Auskunftsmitel. Der Vertrag ist auf Dalmatien sei zwar schmerzhaft für Italiener Herzen. Die „Tribuna“ spricht den lebhaften Wunsch aus, daß das Zusammenleben der Italiener und Südlawen die Grundlage einer einträchtigen Verbindung der beiden Länder bilden möge. — „Corriere d'Italia“ bedauert ebenfalls den Verlust Dalmatiens und sagt, der Vertrag könne als ein glänzender Beweis des demokratischen Geistes Italiens gelten, der nie imperialistisch gewesen sei und nie sein werde. — „Giornale d'Italia“ schreibt, der Vertrag auf Dalmatien sei ein außerordentliches Opfer, das Italien aufgelegt werde für den Frieden Europas. — Die „Tribuna“ erfährt, bestimmt der Vertrag über Albanien und Montenegro in keiner Hinsicht. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die diese Länder berührenden Fragen in Santa Margherita nicht behandelt wurden.

lassen zu haben, die geclanet sind, einen Aufruhr hervorzurufen, besonders wegen seiner Rede in der Albertshalle in London am 7. November, in der das Aufhören und Erschließen von Regierungsmitgliedern empfohlen worden sein soll. Mallone wurde wegen einer ansehnlichen Ration auf eine Woche auf freien Fuß gesetzt.

Washington, 12. Nov. (WB.) Das Staatsdepartement zog bei der englischen Regierung Erkundigungen ein, ob irgendwelche amerikanische Bürger bei den Unruhen in Irland zu Schaden gekommen wären.

Der Siebenerausschuß über das Sozialisierungsproblem.

Von Dr. Otto Hugo
Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.
Mit außerordentlicher Spannung hat die deutsche Öffentlichkeit den Spruch der vom Reichsrentenrat und Reichswirtschaftsrat eingesetzten Siebenerkommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues entgegengelesen. Mit dem Herausdrücken der praktischen Lösung dieser Frage in den Mittelpunkt unserer politischen und wirtschaftlichen Sorgen des Winters mußte dieser Entscheidung die allergrößte Bedeutung beigemessen werden. Ist es doch klar, daß, wenn nicht ein brauchbarer Weg zur Lösung des Problems gefunden wird, die deutsche Wirtschaft weder zur Erholung noch die politischen Zustände zur Ruhe kommen können. Würdigt man von diesem Gesichtspunkt aus die Bedeutung der Sozialisierung des Bergbaues, so wird man dem Urteil des Siebenerausschusses ein übertragendes Interesse beimessen.

Der Ausschuß, der aus sieben Personen bestand, hat sich mit Ausnahme des unabhängigen Steigers Werner zu einem Ratum zusammengelassen, und dieses Ratum bedeutet das Todesurteil über die Vorschläge der am grünen Tisch ausgehenden Ideen der Sozialisierungskommission. Diese Kommission war von der früheren Regierung mit nicht einem einzigen Vertreter des Bergbauunternehmens besetzt worden und darin lag von vornherein die völlige Unfähigkeit dieses Ausschusses, zu wirklich wirtschaftsvernünftigen Vorschlägen zu gelangen. Die Siebenerkommission beschränkt in ihrer sechsseitigen Mehrheit vollkommen andere Wege. Sie spricht mit rücksichtsloser Entschiedenheit ihr Todesurteil über die Zentralisierung des Kohlenbergbaues aus. Selbst der mehrheitslos Arbeitnehmervertreter Wagner wendet sich gegen die Gefahr bürokratischer Zentralisation durch die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Tatsächlich lag in dem Vorschlag der Sozialisierungskommission, den gesamten Kohlenbergbau, also mehr wie tausend Einzelbergwerke, unter die Verwaltung eines Reichsrohlenrates von 100 Köpfen zu stellen mit zentralistischer Verantwortung der Direktoren und Abrechnung der Werte, die schärfste Gefahr für die künftige Kohlenförderung. Nicht zentralistische Wirtschaft, sondern Arbeitsteilung zwischen freier Führerschaft und ausführender Arbeit und daneben Disziplin in der Gewinnung und im Handeln ist nach der Ansicht der Siebenerkommission die Voraussetzung zu einer gedeihlichen Gestaltung der Produktion. Hier lehnt also der Ausschuß rundweg die zentralistische Form der Sozialisierungskommission ab.

Der zweite Gegenstand liegt in der Förderung der Einschaltung des Kohlenbergbaues in das Gesamtgerüst unserer Wirtschaft, während die Sozialisierungskommission die Heraushebung und Abschneidung des Kohlenbergbaues von der übrigen Wirtschaft vorschlag. Nicht Trennung des Kohlenbergbauers und Kohlenverbraucher, sondern Vereinigung und Bildung natürlicher Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung gewährleisten nach dem Spruch der Kommission einzig die erhöhte Produktivität der deutschen Wirtschaft. Das, was ein Stinnes bereits durch die Vereinigung von Rhein-Elbe-Union unter Anführung der Interessengemeinschaft der Siemens-Schuckert-Elektrizitäts-Konzerne geschaffen hat, die rationellste Ausnutzung des Produktionsprozesses von der Kohlen- und Erzgewinnung bis zur höchsten Verfeinerung, gibt auch den Vorschlägen des Siebenerausschusses Ziel und Richtung. Die Sozialisierungskommission verlangt Wege, die ins Dunkel führen müßten und nicht erprobt waren. Die Siebenerkommission stellt sich auf den Boden von Erfahrungen und Tatsachen unseres Wirtschaftslebens, die längst zu den glänzendsten wirtschaftlichen Ergebnissen für die Gesamtheit unseres Volkes geführt haben. Die Zwischen- und Endindustrien sollen nicht vom Kohlenbergbau getrennt, sondern unmittelbar an ihm beteiligt werden, sollen ihrerseits die Verpflichtung übernehmen, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern durch Kapitalgewinnung, durch Aufschluß neuer Bergwerke, durch Ausgestaltung des Wohnungs- und Schulwesens, durch Interessierung an der Steigerung der Kohlenförderung. Höchste Förderleistung und niedrigste Selbstkosten glaubt die Siebenerkommission auf diesem Wege der geschlossenen Wirtschaft vom Kohlenstoff bis zur vollendeten Verfeinerung durch den rationalisierten Kohlenbergbau erreichen zu können.

Der Krieg im Orient.

Genf, 12. Nov. (WB.) Angesichts der verzweifeltsten Lage Armeniens und der Verletzungen des Friedensvertrages von Sèvres durch die türkische Armee hat die in Genf tagende internationale philarmenische Liga an die alliierten und Assoziierten einen Aufruf gerichtet, in dem sie für das von endgültiger Zerschlagung bedrohte Armenien Hilfe verlangt. Die Liga hat diese Bittschrift auch dem Völkerbund zugehen lassen.

Konstantinopel, 12. Nov. Reuter. Wie gemeldet wird, nahm die Nationalversammlung in Angora bolschewistische Grundzüge an. Mustapha Kemal Pascha wurde zum Volkskommissar ernannt.

Oberschlesien.

Bruseln, 12. Nov. (WB.) Der Beschluß der interalliierten Besatzung, der Abtunung apostolischer interalliierte Offiziere beizubehalten, soll jetzt durchgeführt werden. In Ratibor ist eine Anzahl russischer Offiziere einetroffen, die auf die verschiedenen Stadien verteilt werden sollen. Major Dittler, der in der oberschlesischen Politik in den letzten Kurultagen eine Rolle spielte, kehrt aus England nicht mehr nach Oberschlesien zurück. Dittler ist zum Privatsekretär des Königs von England ernannt worden.

Zurückhaltung deutscher Güterwagen in Polen.

□ Berlin, 13. November. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von unterrichteter Seite hört, halten die Polen zurzeit noch 20-30 000 deutsche Güterwagen zurück. Die interalliierte Kohlenkommission in Oppeln hat daher, um die Polen zur verstärkten Rückgabe des deutschen Eisenbahnmateriale zu veranlassen, angedroht, daß bis auf weiteres nur etwa der 4. Teil Kohlen versandt wird, welcher nach den früheren Anordnungen dorthin geliefert werden sollte. Wegen dieser Wagenrückhalt ist auch die deutsche Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage, für Rastwagner nach Polen weitere Waggons zu stellen. Aus diesem Grunde haben auch die Transporte von Superphosphat und Schwefelsäure aus Hamburg und Stettin auf dem Bahnwege nicht auszuführen werden können. Auch auf dem Wasserwege erregen sich Transportschwierigkeiten, weil infolge der Zurückhaltung und Verschleppung deutscher Güterfahrzeuge den deutschen Schiffen die Ausfahrt dorthin nicht gestattet werden kann. Wie die Schwierigkeiten sind für die Polen aber nur durch die Maßnahmen der polnischen Regierung entstanden. Reverdin hat nun Polen im Bromberger Abkommen die Rückgabe der deutschen Schiffe zurückstehend. Es ist zu hoffen, daß diese Schiffe wenigstens auf dem Wasserwege ausgeführt werden können.

Irlands Freiheitskampf.

London, 12. Nov. (WB.) Gegen das in Irland verhaftete Parlamentsmitglied Walfone wurde heute in London Klage erhoben. Walfone wird beschuldigt, Kundgebungen er-

lassen zu haben, die geclanet sind, einen Aufruhr hervorzurufen, besonders wegen seiner Rede in der Albertshalle in London am 7. November, in der das Aufhören und Erschließen von Regierungsmitgliedern empfohlen worden sein soll. Mallone wurde wegen einer ansehnlichen Ration auf eine Woche auf freien Fuß gesetzt.

Washington, 12. Nov. (WB.) Das Staatsdepartement zog bei der englischen Regierung Erkundigungen ein, ob irgendwelche amerikanische Bürger bei den Unruhen in Irland zu Schaden gekommen wären.

Der Siebenerausschuß über das Sozialisierungsproblem.

Von Dr. Otto Hugo
Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.

Mit außerordentlicher Spannung hat die deutsche Öffentlichkeit den Spruch der vom Reichsrentenrat und Reichswirtschaftsrat eingesetzten Siebenerkommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues entgegengelesen. Mit dem Herausdrücken der praktischen Lösung dieser Frage in den Mittelpunkt unserer politischen und wirtschaftlichen Sorgen des Winters mußte dieser Entscheidung die allergrößte Bedeutung beigemessen werden. Ist es doch klar, daß, wenn nicht ein brauchbarer Weg zur Lösung des Problems gefunden wird, die deutsche Wirtschaft weder zur Erholung noch die politischen Zustände zur Ruhe kommen können. Würdigt man von diesem Gesichtspunkt aus die Bedeutung der Sozialisierung des Bergbaues, so wird man dem Urteil des Siebenerausschusses ein übertragendes Interesse beimessen.

Der Ausschuß, der aus sieben Personen bestand, hat sich mit Ausnahme des unabhängigen Steigers Werner zu einem Ratum zusammengelassen, und dieses Ratum bedeutet das Todesurteil über die Vorschläge der am grünen Tisch ausgehenden Ideen der Sozialisierungskommission. Diese Kommission war von der früheren Regierung mit nicht einem einzigen Vertreter des Bergbauunternehmens besetzt worden und darin lag von vornherein die völlige Unfähigkeit dieses Ausschusses, zu wirklich wirtschaftsvernünftigen Vorschlägen zu gelangen. Die Siebenerkommission beschränkt in ihrer sechsseitigen Mehrheit vollkommen andere Wege. Sie spricht mit rücksichtsloser Entschiedenheit ihr Todesurteil über die Zentralisierung des Kohlenbergbaues aus. Selbst der mehrheitslos Arbeitnehmervertreter Wagner wendet sich gegen die Gefahr bürokratischer Zentralisation durch die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Tatsächlich lag in dem Vorschlag der Sozialisierungskommission, den gesamten Kohlenbergbau, also mehr wie tausend Einzelbergwerke, unter die Verwaltung eines Reichsrohlenrates von 100 Köpfen zu stellen mit zentralistischer Verantwortung der Direktoren und Abrechnung der Werte, die schärfste Gefahr für die künftige Kohlenförderung. Nicht zentralistische Wirtschaft, sondern Arbeitsteilung zwischen freier Führerschaft und ausführender Arbeit und daneben Disziplin in der Gewinnung und im Handeln ist nach der Ansicht der Siebenerkommission die Voraussetzung zu einer gedeihlichen Gestaltung der Produktion. Hier lehnt also der Ausschuß rundweg die zentralistische Form der Sozialisierungskommission ab.

Der zweite Gegenstand liegt in der Förderung der Einschaltung des Kohlenbergbaues in das Gesamtgerüst unserer Wirtschaft, während die Sozialisierungskommission die Heraushebung und Abschneidung des Kohlenbergbaues von der übrigen Wirtschaft vorschlag. Nicht Trennung des Kohlenbergbauers und Kohlenverbraucher, sondern Vereinigung und Bildung natürlicher Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung gewährleisten nach dem Spruch der Kommission einzig die erhöhte Produktivität der deutschen Wirtschaft. Das, was ein Stinnes bereits durch die Vereinigung von Rhein-Elbe-Union unter Anführung der Interessengemeinschaft der Siemens-Schuckert-Elektrizitäts-Konzerne geschaffen hat, die rationellste Ausnutzung des Produktionsprozesses von der Kohlen- und Erzgewinnung bis zur höchsten Verfeinerung, gibt auch den Vorschlägen des Siebenerausschusses Ziel und Richtung. Die Sozialisierungskommission verlangt Wege, die ins Dunkel führen müßten und nicht erprobt waren. Die Siebenerkommission stellt sich auf den Boden von Erfahrungen und Tatsachen unseres Wirtschaftslebens, die längst zu den glänzendsten wirtschaftlichen Ergebnissen für die Gesamtheit unseres Volkes geführt haben. Die Zwischen- und Endindustrien sollen nicht vom Kohlenbergbau getrennt, sondern unmittelbar an ihm beteiligt werden, sollen ihrerseits die Verpflichtung übernehmen, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern durch Kapitalgewinnung, durch Aufschluß neuer Bergwerke, durch Ausgestaltung des Wohnungs- und Schulwesens, durch Interessierung an der Steigerung der Kohlenförderung. Höchste Förderleistung und niedrigste Selbstkosten glaubt die Siebenerkommission auf diesem Wege der geschlossenen Wirtschaft vom Kohlenstoff bis zur vollendeten Verfeinerung durch den rationalisierten Kohlenbergbau erreichen zu können.

Durch eine zweckentsprechende Gestaltung der Vertriebsorganisationen der Kohle soll dem nationalen Ziel der ausreichenden Versorgung der deutschen Industrie mit richtigen Sorten und angemessenen Preisen gebient werden. In technischer Beziehung soll die Zusammenlegung kleiner, zum Teil abgebauter Grubenfelder, der Zusammenfluß von Unternehmungen aus anderen technischen Gründen zum Zwecke des rationalen und reiflichen Abbaues die Steigerung der Kohlenproduktion fördern.

Eine weitere Schwäche des bisherigen Vorschlags lag darin, daß er aus politischen Motiven wesentlich geboren war. Der Siebenerausschuß lebte es ab, augenblickliche parlamentarische Stimmungen zu befrichtigen. Herr Dr. Silberberger nennt in seinem Bericht es ein Verbrechen an unserem Volk, nach politischen Kollisions die große Wirtschaftsfrage der zukünftigen Kohlenförderung des deutschen Volkes zu lösen. Die ganze Sache sei eine Kränze des armenen Volkes und nicht der Verantwortlichen allein und dürfe nur die Förderung der armenen Wirtschaft im Auge haben, und nicht Einzelstellen eine Sonderbeute zuweisen. Die Kommission war sich völlig darüber klar, wie es in dem Bericht heißt, daß jede Sozialisierungs-

zung im Sinne der Grundzüge der Sozialisierungskommission die Durchführung der großen wirtschaftspolitischen Aufbaupläne für die Zukunft unmöglich machen müßte. Damit ist vom Ausbruch die Frage der politischen Atmosphäre in die rein wirtschaftliche hineingebracht worden.

Der gewöhnlich wirtschaftliche Gedanke ist in wirtschaftlicher Beziehung durch die organische Zusammenfassung der Kohlenproduktion und des Kohlenverbrauchs nach dem Vorschlage der Siebenerkommission zu verwirklichen. In sozialer Beziehung geht die Siebenerkommission von der Voraussetzung aus, daß jede Arbeit auch ihren unmittelbaren greifbaren Erfolg sehen will. Damit ist der fundamentale Grundgedanke des Sozialismus ohne besonderen Antriebs aus sich heraus eine Arbeitssteigerung bedeu- abgelehnt worden. Die Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Beamten, die Einführung der Kleinaktie wird als Grundlage zur wirksamen Interessierung der unmittelbar am Produktionsprozess Beteiligten angesehen. Diese Lösung sieht der Siebenerausschuß auch als eine Notwendigkeit an aus rein wirtschaftlichen Gründen, weil diejenigen Kräfte, die bisher das Kapital für den Kohlenbergbau zur Verfügung gestellt haben, durch Reichsteuern, Vermögens- und Einkommenssteuer derartig geschwächt werden, daß ihre Kräfte nicht mehr ausreichen, den Kohlenbergbau genügend mit Kapital zu speisen. Es sei deshalb erforderlich, daß ein großer Teil der Bevölkerung im weitesten Umfang die Erparnisse der eigenen Industrie und Produktion zur wirtschaftlichen Anlage und Verwertung zuführt. Für die Allgemeinheit bleibt nach dem Vorschlage der Siebenerkommission der bisherige Weg der Kohlenbesteuerung durch das Reich.

So haben sich die Vorschläge der sechsstelligen Mehrheit des Siebenerausschusses in allen grundsätzlichen Fragen befreit ab von der bürokratischen Enge derjenigen Vorschläge, die von der Sozialisierungskommission gemacht worden sind. Noch einmal verfuhr der einzige Oppositionelle in der Siebenerkommission, der Steiger Wörner, die Vorschläge der Sozialisierungskommission mit geringen Veränderungen anzupreisen. Aber die Tatsache, daß die drei Unternehmervertreter Stinnes, Bogler, Silberberg, der Reichswirtschaftsrat, Selbstverständlicher Wegner und der christliche Bergarbeiterführer Imbusch sich um die neuen Gedanken zusammenfinden, wird doch wohl richtunggebend sein für den weiteren Gang der Beratungen im Reichswirtschaftsrat und Reichstagenrat. Selbstverständlich ist damit noch nicht die letzte Entscheidung gefallen. Die Etappe, die erreicht ist, bedeutet aber einmal, daß die Aussicht zu einer vernunftmäßigen Gestaltung unserer Kohlenwirtschaft als Grundlage der völligen Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Arbeitsweise gegeben ist und damit zugleich die Hoffnung berechtigt ist, daß schwere politische Konflikte aus dieser Frage in Deutschland zu vermeiden oder doch wenigstens zu überwinden sind. Zum anderen hat die Siebenerkommission das ganze Problem aus der Enge der Parteilassung herausgehoben und zu voller Würdigung seiner wirtschaftlichen Bedeutung kommen lassen. Diese Tatsache bedeutet für die weitere Behandlung der Frage zweifellos eine Erlösung.

Es war von vornherein ein glücklicher und auch ein erlösender Gedanke, daß man zunächst die Praktiker des Wirtschaftens zu Worte kommen ließ. Die Vorschläge der Sozialisierungskommission trugen ihren Todesstoß deshalb von vornherein in sich, weil man in völliger politischer Berührung es vorzuziehen hatte, die Sachkundigen der Bergbauunternehmung in der Beurteilung der Frage mißtrauen zu lassen. Hier haben nicht die grauen Theoretiker, sondern auf der einen Seite die Führer der deutschen Arbeiterschaft in dem vollen Verantwortungsbewußtsein, das sie der deutschen Wirtschaft und den Millionen der deutschen Arbeiterschaft gegenüber besitzen, ernsthaft Rat gepflogen. Nicht in Berlin am grünen Tisch ist der neue Plan erdacht, sondern in Eisen an der Ruhr, dort, wo die dröhnenden Hämmer und die saufenden Räder die ersten Akkorde des Verantwortungsbewußtseins anerkennen. Müde diese Tatsache, daß endlich die Praktiker wieder einmal zu Worte gekommen sind, und müde die politischen Motive entscheidend waren, der weiteren Lösung der Frage ein glücklicher Stern sein.

Die Beratungen der Siebenerkommission.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats leitete die Beratung der beiden von der Siebenerkommission erlassenen Gutachten zur Sozialisierungsfrage fort. Imbrecht (Arbeitnehmer) meinte, der Gedanke der Gemeinwirtschaft sei in dem Mehrheitsgutachten völlig verflüchtigt; er könne die Arbeiter nicht für das Aufgeben der Sozialisierung entschädigen. Gleich den sozialistischen seien auch die christlichen Bergarbeiter für die Befreiung des Privatbesitzes. In dem Gutachten sei aber nicht die Spur von gemeinwirtschaftlichen Gedanken des Mittelstandes und der Rückverwaltung im Bergbau; die Durchführung dieser Vorschläge würde das, was bisher noch an Einheitslichem im Bergbau war, völlig verwischen. Loeffler (Arbeitnehmer) bezeichnete die Schaffung von Kleinaktien als nicht mehr zeitgemäß; die Schöpfung des Landes gehörten der Allgemeinheit, ohne Vorbehalt für einzelne Volksgenossen. Durch den Vorschlag eines rechten Korporats auf privatrechtlicher Grundlage werde keine Verständigung möglich. Es müsse ein entscheidender Schritt zur sozialistischen Gemeinschaft getan werden. Geschäftsführer Verheer vermittelte in dem einen Gutachten den Gedanken der Gemeinwirtschaft, in dem anderen den Gedanken einer verständigen Defonamierung.

Bresla, 12. Nov. (WB.) Im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde nach einer weiteren Aussprache über die beiden von der Siebenerkommission erlassenen Gutachten zur Sozialisierungsfrage ein Antrag Kaufmann (Konsumvereine), die weitere Arbeiten an die Siebenerkommission zurückzuerweisen, die entsprechend zu verstärken ist, angenommen. Es wurden noch weitere sieben Herren in die Kommission gewählt, die jedenfalls auch in Eisen tagen wird.

Die Kampfanlage der Sozialdemokratie.

Nach dem Vorgange des Alten Bergarbeiterverbandes läuft jetzt auch die sozialdemokratische Essener Arbeiterschaft Sturm gegen die Vorschläge der Siebenerkommission. Sie erinnert daran, daß der Bergarbeiterverband kürzlich sich einstimmig für eine „wirkliche Sozialisierung“ (d. h. Volkssozialisierung) ausgesprochen hat und entrüstet sich darüber, daß der Vorschlag der Mehrheit des Siebenerausschusses auch unterschrieben ist von den Vertretern der Arbeitnehmer Imbusch (Christliche Gewerkschaften) und Wagner (Bergarbeiterverband). Die Zeitung hat den Genossen Hué über dessen Stellungnahme befragt, der ihr ausdrücklich erklärte:

Der alte Bergarbeiterverband hat die Verantwortung für den Entschluß, den das Mittel des Bergarbeiterverbandes im Sozialisierungsrat durch seine Zustimmung zum Stinneschen Vorschlagsbuch hat, der Bergarbeiterverband hat die technische Gewinnaufteilung nach dem Plan der Stinnes-Kräfte von Stinnes durchzusetzen und ist in dieser Hinsicht durch den einstimmigen Beschluß der sämtlichen Funktionäre des Alten Berg-

arbeiterverbandes gebunden. Jede irgendwie anders gartete Stellung irgendeines Mitgliedes des Bergarbeiterverbandes kann für die Haltung der Gesamtorganisation in der Frage der Sozialisierung des Bergbaus nicht wogend sein. Das Mitglied des Siebenerausschusses hat die volle Verantwortung für seine Zustimmung zum Stinneschen Vorschlag zu tragen.

Die Arbeiterzeitung stimmt mit Hué darin überein, daß der Stinnesche Vorschlag für die Bergarbeiter nicht in Frage kommen könne, da er eine Abwägung der von der gesamten Bergarbeiterchaft geforderten Sozialisierung bedeute, die zu den schwersten wirtschaftlichen Folgen führen müsse. Die Bergleute würden sich mit aller Macht gegen das Ergebnis des Siebenerausschusses wenden. Die Essener Arbeiterzeitung hofft, daß sich der Bergarbeiterverband einstimmig gegen den Stinneschen Vorschlag wenden werde. Sie betrachtet es aber als eine ganz selbstverständliche Aufgabe, mit dem Bergarbeiterverband die Massen der Arbeiter zu energischem Kampf gegen den Stinneschen „Sozialisierungsbetrug“ und für eine wirkliche, ernsthaftige Sozialisierung zusammenzuführen, und führt dann fort:

Vor allen Dingen kommt es bei diesem Kampf natürlich darauf an, jede Parteiaktivistik, die versucht werden wird, zu verhindern. Siegen kann die Arbeiterschaft in diesem Kampf nur, wenn sie in ruhiger, klarer Überlegung nach einheitlichem Plan unter Führung der bewährten Organisation arbeitet. Das ist die erste Voraussetzung für den Sieg. Diesem Kampf gilt die Arbeit der nächsten Wochen, und wer unter Missachtung der von den schwersten Erschütterungen bewahren will, nimmt Stellung gegen Stinnes und Genossen.

Das eröffnet keine rosigten Aussichten. Eine Bewahrung des Wirtschaftslebens vor schweren Erschütterungen ist aber wir dann möglich, wenn man will ihm keine Sozialisierungsversuche macht, und wenn man nicht in Deutschlands schwerster Zeit zum Bürgerkrieg aufreißt.

Diese Aufregung scheint aber jetzt ganz planmäßig und systematisch betrieben werden zu sollen, wie die folgende Meldung zeigt:

MTB. Bochum, 13. Nov. (Fr.-Tel.) In einem Aufsatz unter der Überschrift „Wir warnen“ wendet sich das Vorstandsmitglied des alten Bergarbeiterverbandes Wilmann gegen die Verwässerung des Sozialisierungsgedankens. Er schreibt dann u. a.: Wir fordern von allen, die nicht Vertreter des Bergbauprofits sind, mit uns einzutreten für die Überführung des Kohlenbergbaus in die Hände der Allgemeinheit. Wir erwarten von denen, die durch fleißiges Studieren sich reiches Wissen angeeignet haben, daß sie sich nicht mehr dem ausbeutenden Kapital, sondern der Allgemeinheit, ihrem Vaterlande, zur Verfügung stellen und mitteilen, daß die Sozialisierung nicht nur eingeführt, sondern auch auf die Dauer durchgeführt wird. Sind diese Kreise unbedenkbar, so haben sie durch offene oder heimliche Sabotage das in sich befindliche Werk aufhalten oder stören zu können. Und würde es ihnen wirklich gelingen, so fallen die Folgen auf ihre eigenen Häupter. Ein Kampf ohne Ende mit Begleiterscheinungen, gegen welche Bauernkriege und Revolutionen schlichter als Zwerg erweisen würden, entlobte dann. Was nicht im guten gegenseitigen Einverständnis geschähen, würde im Bürgerkrieg mit Gewalt gekämpft. Oder noch Schlimmeres kann eintreten. Noch sind wir des Volkswillens in Deutschland Herr und niemals wird er seinen Einzug halten, wenn man die Zeichen der Zeit versteht. Tut man es nicht, dann müssen die, welche die Sozialisierung vorwärts treiben wollen, jene, die sie zu vereiteln suchen, auch nicht klagen, wenn die Folgen ihrer Handlungsweise sie um Kopf und Kragen bringen. Schließlich fordert Wilmann zur Stärkung der Organisation auf; bald könne die Stunde schlagen, wo man die geschlossene Bergarbeiterchaft brauche, um die Widerstände der Sozialisierungsgegner zu brechen.

Der christliche Gewerkschaften will abwarten.

TPO. Essen-Ruhr, 13. Nov. Die Leitung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands hat vorläufig zu dem Stinnes-Elzevierischen Vorschlag keine Stellung genommen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß man zunächst abwarten müsse, wie sich die Dinge weiter entwickeln, vor allem, wie sich der große Sozialisierungsausschuß, dem beinahe 15 Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und 15 Mitglieder des Reichstages angehören, zu der Angelegenheit verhalten werde. Die Verhandlungen seien ja noch im Fluß und man könne sich erst ein abschließendes Urteil bilden, wenn nach Beendigung der Beratungen die dem Ausschuss angehörenden Vertreter des Gewerkschafts, TPO, Imbusch und Etzinger, über deren Verlauf im einzelnen Bericht erstattet haben werden.

Der Ausstand im Essener Gebiet.

c. Aachen, 13. Nov. (Fr.-Tel.) Die Lage im Essener Streikgebiet hat sich noch verschärft. Die ausländischen und ausgepöbelten Hüttenarbeiter, deren Zahl auf über 4000 bezehert wird, haben den zweiten Schlichterspruch des Schlichtungsausschusses wieder abgelehnt. Kameralisch verjarren hundert Arbeiter des Hüttenwerkes „Rote Erde“ weiterhin im Ausstand.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Paris, 12. Nov. (WB.) Die Lage im französischen Bergarbeiterstreik hat sich nicht verändert. Das Büro des Bergarbeiterbundes ist durch ständige Besetzung des Parodontales der Bergleute gebunden, keine Verhandlungen auf der von den Grubenbesitzern vorgeschlagenen Grundlage zu unternehmen. Wenn bis zum Samstag keine Einigung erzielt worden ist, so wird am Sonntag in den an Grubenorten eintreffenden Versammlungen der Streikbeginn verkündigt werden für Montag, den 15. ds. Mts. Das Büro des Bergarbeiterbundes weigert sich über die gefassten Beschlüsse irgendwelche Mitteilungen zu machen.

MTB. Paris, 13. Nov. (Fr.-Tel.) Die Gefahr eines Bergarbeiterausstandes hat sich seit gestern verstärkt. Die Bergarbeiter des Loirebeckens haben gestern in der Arbeiterbüchse in Et. Etienne einstimmig in einer Tagesordnung den Grubenbesitzern die Verantwortung zugeschoben, daß durch ihr Verhalten die Unter-Tagen weiter in den Ausstand getrieben würden. Heute wird der Ausschuss der Bergarbeiter des Beckens nochmals zusammentreten, um alle Vorkehrungen für den Ausstand zu treffen, der am Montag vorantog beginnen soll.

Aus französischer Gefangenenschaft entlassen.

Frankfurt a. M., 12. Nov. (WB.) Der Frankfurter Bürgerausschuß teilt folgendes mit: Am 1. und 2. März hatte der Bürgerausschuß Frankfurt a. M. in französischer Gefangenenschaft eine Rotte von 117 Mann in der Nachschiffen über das Verhalten von Clausen Ulrich angesetzt, der durch den damaligen Führer der Marinischerbeholdung, Stillemann, am 16. Juni 1919 in Frankfurt a. M. aus der Gefangenenschaft entlassen wurde. Er wurde aber nicht von einem französischen Offizier übernommen werden sollte. Auf Grund der Anklagen ermahnte ihn Clausen Ulrich drei Deutsche (Wolfgang Friedrich) in der Gefangenenschaft entlassen worden waren. Anzweien bei der Staatsanwaltschaft und eine Mitteilung an das Auswärtige Amt erhaben dann ein Ein-

gesehen der Regierung und am 9. November trafen nach über 17monatiger Gefangenenschaft die drei Deutschen wieder in Frankfurt am Main ein, nachdem sie aus dem französischen Gefangenort trotz häufiger Besuche durch ein Kriegsgericht pfläglich entlassen worden waren. Die Schicksale der drei Deute, die angeblich Spione sein sollten, erinnert lebhaft an einen Roman. Es folgt nachstehend:

Am 15. Juni 1919 wurde Peter Eichhorn, der nach einer dreimonatigen Gefangenenschaft ein französischer Bergarbeiter war, von einer Paroisse Hilfeplätze ansetzten und um Ausreisepapiere gekam. Er hatte mit einem Flüchtling aus dem Reich ein Versteckungsort in der Nähe von Paris gefunden. Dort wurde ihm von einem Angehörigen der Marinischerbeholdung namens Ulrich die Briefschlüssel anvertraut, er selbst festgehalten. Danach wurde bei Eichhorn Hausdurchsuchung abgehalten. Dabei wurde Eugen Kirch, Student, der mit Eichhorn zusammenwohnte, verhaftet, zur Festhaltung der Identität Eichhorns auf das Polizeipräsidium zu gehen. Am 16. Juni wurde Eichhorn vom Polizeipräsidium durch Peter zum Marinischerbeholdungsentlassenen, der in der Karthause untergebracht war, geführt. Kurz darauf wurde auch Kirch ebenfalls durch Peter in die Karthause gebracht. Beide wurden dann zusammen in die Gefangenenschaft des Marinischerbeholdungsentlassenen in der Wohnung des Leonhard Ort und verhaftete St. Am zum Marinischerbeholdungsentlassenen zu folgen, um Eichhorn zu legitimieren. Aus der Briefschlüssel des Eichhorns waren die Namen von Ort und Kirch als gleichfalls deutsch gefasste Offizier Friedrichse erschlossen worden. Die Drei wurden dann zusammengeführt.

Nachts gegen 11 Uhr am 16. Juni wurden sie dann in gefesselter Haltung unter Führung von Stillemann, dem Führer der Frankfurter Marinischerbeholdung, in das von den Franzosen besetzte Gebiet geschleppt und dort gegen Auswanderung eines größeren Geldsumme an französische Behörden die Personen übergeben. In schwer gestimmtem Zustande wurden sie dann nach Mainz transportiert, wo sie nach einigen Wochen durch den Untersuchungsrichter Selin vernommen wurden. Am ihnen ein Geständnis, Spionage getrieben zu haben, zu entziehen, wurden sie hundertmal mit der Keilspitze schwer misshandelt. Sie kamen dann nach Rachen und wurden vom dortigen Kriegsgericht wegen verurteilter Spionage bestraft. Das Urteil lautete für Ort auf 6 Jahre Gefängnis und Nebenstrafen und für Kirch auf je 5 Jahre Gefängnis und Nebenstrafen. Die drei Verurteilten legten gegen das Urteil Berufung ein. Es war ihnen auch mitgeteilt worden, daß aufgrund des energischen Eintretens der Frankfurter Bürgerausschusses die deutsche Hofchaft für sie eingetreten sei. Weitere Nachrichten erhielten sie dann nicht, dagegen wurden sie am 6. November d. J. plötzlich entlassen.

Baden.

Das Gesamtergebnis der Wahlen zur evangelischen Landesversammlung.

Alljährlich läßt sich ein Überblick über den Ausfall der Landesversammlungen am letzten Sonntag gewinnen. Die Einigung der Wahlprotokolle und die Bestätigung der Einzelresultate an die Wahlkreise ist jetzt sehr langsam gewesen zu sein. Auf Grund von außerordentlichen Umständen ist das Wahlergebnis folgendes:

Im 1. Wahlkreis (die Kirchenbezirke Konstanz, Schopfheim, Lörrach, Müllheim, Freiburg, Emmendingen u. Hochberg) wurden 6 Positive, 5 Liberale und 1 Mitglied der volkssokratischen Vereinigung gewählt.

Im 2. Wahlkreis (Karlsruhe, Rheinbühlhofheim, Baden, Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land) ist das Ergebnis: 7 Positive, 3 Liberale und je 1 Mitglied der volkssokratischen und landeskirchlichen Vereinigung.

Der 3. Wahlkreis (Durlach, Hirschheim-Stadt und Hirschheim-Land, Breiten und Eppingen) schied 3 Positive, 2 Liberale und 1 Mitglied der volkssokratischen Vereinigung in die Landesversammlung.

Der 4. Wahlkreis (Mannheim, Badenurg-Weinheim und Oberheidelberg) wird durch 6 Positive, 4 Liberale und 2 Mitglieder der landeskirchlichen Vereinigung vertreten sein.

Der 5. Wahlkreis endlich (Heidelberg, Neckargemünd, Eppingen, Neckarhörsheim, Rosbach, Aelsheim, Borsberg und Wertheim) wählte 6 Positive, 3 Liberale und 1 Mitglied der landeskirchlichen Vereinigung.

Im Ganzen sind demnach 33 Positive, 17 Liberale, 3 von der volkssokratischen und 4 von der landeskirchlichen Vereinigung gewählt worden. Davon sind dann noch 8 von der Kirchenregierung ernannte Abgeordnete kommen. Das zahlenmäßige Verhältnis der Parteien ist, wenn man die Mitglieder der volkssokratischen Vereinigung zu den Liberalen rechnet, im Verhältnis zum Verhältnis der letzten Synode kaum verändert. Dort nahmen die Positive 50 von 84 Sitzen ein; in der nächsten werden sie 33 von 57 einnehmen; dabei ist von den Ernennungen durch die Kirchenregierung abzusehen. Die Namen der Gewählten lassen sich erst nach der Durchsicht der Wahlprotokolle und Berechnung der Vorsorgeleistungen feststellen.

Ergebnis der Wahl zur Landesversammlung im 4. Wahlkreis.

- Liste 1 der Kirchlich-politischen Vereinigung des Kirchenbezirks Mannheim 4911 Stimmen.
Liste 2 der Kirchlich-politischen Vereinigung des Kirchenbezirks Oberheidelberg 4001 Stimmen.
Liste 3 der Kirchlich-politischen Vereinigung des Kirchenbezirks Badenurg-Weinheim 3420 Stimmen.
Liste 4 der Kirchlich-liberalen Vereinigung des Kirchenbezirks Oberheidelberg 1500 Stimmen.
Liste 5 der Kirchlich-liberalen Vereinigung des Kirchenbezirks Mannheim 2029 Stimmen.
Liste 6 der Kirchlich-liberalen Vereinigung des Kirchenbezirks Badenurg-Weinheim 1847 Stimmen.
Liste 7 der Kirchlich-politischen Vereinigung Mannheim 1163 Stimmen.
Liste 8 der landeskirchlichen Vereinigung für die Kirchenbezirke Mannheim und Badenurg-Weinheim 352 Stimmen.
Liste 9 der landeskirchlichen Vereinigung für den Kirchenbezirk Oberheidelberg 675 Stimmen.
Liste 10 des Volkssokratischen Bundes Mannheim-Stadt 317 Stimmen.
Liste 11 des Volkssokratischen Bundes Mannheim-Land 1479 Stimmen.

Gewählter:

- Von Liste 1: Heinrich Theodor, Stadtpfarrer, Mannheim.
G. 4; Haag Weber, Baubeamter, Mannheim, Schumannstr. 4.
Liste 2: Schmittberger Ludwig, Pfarrer in Wiesloch.
Bund Putsch, Professor in Schwetzingen.
Liste 3: Kappeler Carl, Pfarrer in Dossenheim; Schäfer Wilhelm, Hauswart, Alesheim bei Weinheim.
Liste 4: Kerkel Carl, Hausbesitzer in Schwetzingen.
Liste 5: Rothemann Dietrich Heinrich, Stadtpfarrer in Mannheim; Keller Emil, Finanzrat in Mannheim.
Liste 6: Häublin Carl, Dekan in Weinheim.
Liste 8: Klein Paul D., Stadtpfarrer, Mannheim, Wertheimstr. 15; Janzon Maria, Hauptlehrerin, Mannheim, Ruppelstr. 12.
Französischer Bergarbeiterstreik.

Letzte Meldungen.

Orgel.

Berlin, 13. Novbr. (Von unserem Berliner Büro) Der Hessische Bauernrat hat in seiner Tagung in Marburg sich korporativ dem Jungdeutschen Orden, der überwiegend linken Sektion der Orgel, angeschlossen.

Stockholm, 12. Nov. Die schwedische Regierung hat beschlossen, die offiziellen Beziehungen zu Ungarn wieder aufzunehmen.

Handel und Industrie.

Deutscher Aussenhandelstag.

Aus Berlin wird uns berichtet: Nach den allgemeinen Verhandlungen des Deutschen Aussenhandeltags referierte gestern Telegrafendirektor Roscher über den „Internationalen Nachrichten-Verkehr“...

Über die praktischen Wege zur Wiederaufnahme des Exportgeschäftes referierte der Direktor der Bismarckwerke, Schwarz: In erster Linie ist es notwendig, daß nur Kaufleute, die wirklich vom Export etwas verstehen, im Exportgeschäft tätig sind...

Oeffentliche Kassen und Abführung der Kapitalertragsteuer. Die Bestimmung der Nr. 7 der vorläufigen Vollzugsanweisung zum Kapitalertragsteuergesetz, wonach die Kapitalertragsteuer auf Anleihezinsen des Reichs und der Länder von den Schuldverwaltungen des Reichs und der Länder unmittelbar an die Reichshauptkasse abzuführen ist...

Aus dem vorliegenden Bericht für das mit dem 30. Juni abgelaufene 35. Geschäftsjahr geht hervor, daß das abgelaufene Jahr ein starkes Anwachsen der Aufträge brachte, sodaß mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden mußte...

Das Vorstand gibt nun zu den in der Presse in der letzten Zeit störenden Vorkommnissen bei der Gesellschaft im Ansehung der Einziehung einer Erklärung ab. Danach wurde in der Aufsichtsratsitzung vom 2. November d. J. die früher oft erörterte, aber stets abgelehnte Forderung von Vorzugsaktien mit mehrfacher Stimmkraft...

In allen anderen Fällen haben die Vorzugsaktien nur ein Stimmrecht. Sie haben also beispielsweise bei der Genehmigung der Bilanz, der Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand mit ihren 8000 Stimmen gegen die 60000 Stimmen der Stammaktionäre keinen nennenswerten Einfluß auf die Entscheidung der Generalversammlung...

Commerz- und Privatbank. In der Aufsichtsratsitzung wurde die Bilanz für das letzte Halbjahr 1920 vorgelegt. Die auf die Vermögenserwartungen haben sich in vollem Umfang erfüllende Geschäft hat auf allen Gebieten eine erhebliche Ausdehnung erfahren, und die Gewinnrechnungen zeigen dementsprechend bedeutend erhöhte Zahlen...

Syndikat deutscher Sodafabriken G. m. b. H. Das Syndikat in Bernburg hat nach Aufhebung der bisherigen Zentralstelle für Aetzalkalien u. Soda in Bernburg eine neue Eichhornstr. 4 eine Auskunftsstelle errichtet...

Arbeitsgemeinschaft im Versicherungsgewerbe. Die im Jahre 1909 von Großbanken und ersten Bankfirmen mit einem Kapital von 15 Mill. M. gegründete Deutsche

Versicherungs-A.G. in Berlin hat sich mit der Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs-A.G. in Berlin zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden, die ihre Verkörperung in der Arbeitsgemeinschaft mit der Friedrich Wilhelm Deutschen Lebensversicherungsbank G. m. b. H. in Berlin findet...

Zur Sanierung der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich. In einer Versammlung der Gläubiger der Bank, in welcher von den 226 Mill. Franken Schuldschreibungen im ganzen 81,7 Mill. Franken vertreten waren, wurde als einziger Ausweg aus den mißlichen Verhältnissen — durch Währungsverluste hat sich der Stand der Bank seit dem 30. Juni um weitere 105 Mill. Franken verschlechtert — wurde vom Präsidenten des Verwaltungsrats die Umwandlung der Schuldschreibungen in Vorzugspapiere bezeichnet...

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 12. Nov. Die Tendenz bleibt anhaltend fest. Zu wesentlich höheren Kursen wurden gehandelt: Benz bei 270%, Dingslerische Maschinenfabrik zu 363%, Mannheimer Gummi zu 313% und Unionwerke zu 270%...

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 12. Nov. (Drahtb.) Das Geschäft war an der Abendbörse etwas ruhiger bei vorwiegend fester Tendenz. Größere Umsatztätigkeit entwickelte sich in Gelsenkirchen, die 419, plus 17%, anzeigte; Deutsch-Luxemburg, ebenfalls 419, gewannen 9%. Phönix-Bergbau lagen um 676, 616, Mannesmann um 77%, 525, höher. Harpener bewegten sich auf dem Stand der Mittagsbörse, 350. Buderus waren mit 630 4% niedriger...

Table with 4 columns: a) Staatspapiere u. Bankaktien, b) Bergbau und Eisenindustrie, c) Steine und Erdenindustrie, d) chem. u. elektr. Industrie, e) Sonstige Industrie- und Bergbauaktien.

Neueste Drahtberichte.

Fusionsergebnisse.

Apolda, 12. Nov. (WB.) Im Handelsteil einiger sächsischer Zeitungen wird die Fusion zwischen den Elitewerken in Brand-Erbisdorf und den Apollowerken, A.G. in Apolda als bevorstehend bezeichnet...

c. Saarbrücken, 12. Novbr. (Eig. Drahtb.) Die Versandmengen der Kohlen auf dem Wasserwege nach Frankreich nehmen, ebenso wie die Eisenbahntransporte, ständig zu. Im Oktober gingen von den saarländischen Häfen Saarbrücken und Luisenthal 362 Kohlenkäufe mit 94000 Tonnen Kohlen ab...

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 12. November.

Table with 3 columns: 10. Novbr., 12. Novbr., 10. Novbr., 12. Novbr. listing various metals and their prices.

Zollfreie Einfuhr luxemburgischer Erzeugnisse.

Der Reichsminister der Finanzen versendet hienzu die Landesfinanzämtern in französischer und deutscher Sprache die Liste derjenigen luxemburgischen Erzeugnisse, die bei der Einfuhr gemäß Artikel 268c des Friedensvertrages Zollfreiheit genießen...

Gerichtszeitung.

Y. Heßler, 11. Nov. Das hiesige Schöffengericht erachtete gestern eine Anklage gegen ein Verbrechen, die wegen Diebstahls von Gerichten beschuldigt waren und gegen sieben Männer, die für die Diebstahlverdächtig gemacht hatten. Die Angeklagten waren als Schreiber, Kammerverwalter oder Kammerarbeiter beim Polizeiamt in Heßler beschäftigt...

Y. Offenberg, 10. Nov. Der Dienstrecht Josef Gurt aus Durbach, der in Tübingen in der Nacht zum 30. Juli des Monats einen Landwirt angegriffen hatte, wurde vom Schöffengericht zu zwei Jahren 6 Monaten Zuchthaus und zu 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

* Tübingen, 9. Nov. Unter großem Andrang des Publikums wurde vor dem Schwurgericht sieben Stunden lang wegen Mordes und gemeinschaftlich begangenen Diebstahls gegen den 41 Jahre alten Arbeiter Georg Schwarz von Reiterdingen, 08. Tübingen, verhandelt, welcher in der Nacht vom 7. auf 8. September mit der 37jährigen Tochter des Christian Heiler von dort auf Reiterdingen beim Diebstahl von dem Heil- und Heilichem Diebstahl betroffen wurde...

Neue Bücher.

- List of new books including 'Die Welt der Gegenwart', 'Die Welt der Vergangenheit', 'Die Welt der Zukunft', etc.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November.

Table with 4 columns: Station, Datum, and Bemerkungen. Shows water level observations for various stations.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

- 14. November: Unbest. Wetter mit gelegl. Regen.
15. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.
16. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.
17. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.
18. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.
19. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.
20. November: Wolkig, ziemlich milde, etwas Nebel.

Witterungsbericht.

Table with 4 columns: Datum, Temperatur, Wind, and Bemerkungen. Shows weather reports for various dates.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Fritz Weidenbaum.
Redaktion: Dr. Fritz Weidenbaum, Dr. Fritz Weidenbaum, Dr. Fritz Weidenbaum.



Die Folgen der jahrelangen Unterernährung werden gebessert durch eine Kur mit Carbolactin (milch-aberzerräures Rohphosphat), welches sich nach ärztlichem Urteil hervorragend bewährt zur Neubildung des Blutes, Hebung der Kräfte, Erregung der Verdauung, Befreiung der Nerven und zum Aufbau der Zellen...

MAGGI[®] Würze

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Tunkan erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI[®] Würze.

Vorteilhaftester Bezug in plombierten Originalflaschen Nr. 6.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI[®] Würze.**



Vermietungen
von 6145
Läden
Magazin
Fabrikräumen
vermietet
immobilien-Übr
Levi & Sohn
11, A. D. Br. 1000, Tel. 100
Mannh. 1920.

Amfliche Bekanntmachungen

Uingelangen begn. gelaufen sind:

1. Wochengang, männlich, schwarz und gelb, untergebracht bei Karl von Felsch, Ludwigs-straße 11, 1. Hof (etwa 10 Wochen alt), weißlich, schwarz mit gelben Flecken, untergebracht bei Wilhelm Weisinger, Gadenstraße 4; 1. Wochengang, männlich, schwarz, untergebracht bei Philipp Braun, Schwabingerstraße 161; 1. Hund, ähnl. wie Schäferhund, männlich, schwarz, untergebracht bei Albert Müller, Schriesheim; 1. Hund, männlich, braun, untergebracht bei Fritz Alexander, Heilbrunn, Karlsbadstraße 22; 1. gezeigter Wolf und Schäferhund, männlich, grau-braun, untergebracht bei Helena Bollenstein, hier, Fehlfeldstraße 5; 1. Schwaner, grau, weiblich, untergebracht bei Franz Schupp, Hundshofstraße 12; 1. Esel, männlich, schwarz, untergebracht im Tierpark; 1. Esel, männlich, schwarz, untergebracht bei Alois Schürmann, Wiesmühlstraße 27; 1. Kottweiser, männlich, schwarz, untergebracht bei Fritz Haug, Lütz. U. 5, 1; 1. Hühnerhund, weiblich, braun und weiß gefleckt, untergebracht bei Fritz Haug, Kronprinzenstraße 5; 1. Kottweiser, männlich, schwarz, untergebracht bei Robert Kitz, Bürgermeisterei-Feldstr. 31, hier; 1. deutscher Schäferhund, männlich, weißlich-braun, untergebracht bei Friedrich Schatzel, Weidenstr. 51, hier; 1. Drahthaar, hier, männlich, gelb und weiß, untergebracht im Tierpark; 1. Schwaner, männlich, Holz und Pfeffer, untergebracht bei Ludwig Kramp, J. 16, hier; 1. Postreiter, weiblich, weiß und schwarz, untergebracht bei Bernhard Schwander, Kierfeldstraße 31, hier; 1. Schwaner, weiblich, schwarz-braun, untergebracht bei Wilhelm Müller, Wippenstraße 3, hier; 1. Schwaner, weiblich, Pfeffer u. Salz, untergebracht bei Susanne Gebritz, Reiterstr. 1, hier; 1. Esel, weiblich, weiß mit schwarzen Ohren, untergebracht bei Hermann Kühn, Baumwühlstraße 29, hier; 1. Esel, männlich, weiß und schwarze Ohren und Schwanz, untergebracht bei Karl Danks, O. 5, Nr. 57, hier; 1. Wochengang, weiblich, kastanien, untergebracht im Tierpark; 1. Zedel, männlich, gelb, untergebracht bei Johann Ditsch, Räder, Burgstr. 19, hier; 1. Esel, männlich, weiß mit gelben Flecken, untergebracht bei Karl Clesner, F. 11, hier; 1. Schwaner, männlich, schwarz, untergebracht bei Anton Krüger, Baumwühl, Schwabingerstraße 156, hier; 1. Raubhund, männlich, grau-braun, untergebracht bei Georg Gerull, Gießbleimühlstraße 31, hier; 1. Esel, männlich, weiß, schwarz gezeichnet, untergebracht bei Pauline Weber, Christheim, Feldbergstraße 1; 1. 8-9 Wochen alter Wolf, männlich, grau, untergebracht bei Josef Wagn, P. 4, Nr. 6, hier; 1. Esel, weiblich, schwarz, untergebracht bei Margarete Scholl, St. Wollmühlstr. 5, hier; 1. Esel, weiblich, schwarz, 4 weiße Flecken, weiße Brust, untergebracht bei Celestine Maurer, Spiegelstraße 18, hier; 1. Hühnerhund (jung), weiblich, braun gefleckt, untergebracht bei Friedrich Pfeiff, H. 6, Nr. 7, hier; 1. Wochengang, weiblich, schwarz-braun, untergebracht bei Carl Ebert, Untere Kiebitz, 32, hier; 1. Wochengang, weiblich, rotbraun, untergebracht bei Ludwig Frey, Gefangenenlager, Bernde 4, hier; 1. Krümmung, hier und Esel, männlich, weiß und schwarz, untergebracht bei Josef Reuter, Adorfstr. 20; 1. Schwaner, weiblich, Holz und Pfeffer, untergebracht bei Otto Kieß, Viehhofstr. 29, hier; 1. Drahthaar, männlich, rotbraun, untergebracht bei Anton Thomas, Längstr. 22, hier.

Mannheim, den 9. November 1920.
Vob. Amtsgericht G. R. 4.

Amfliche Bekanntmachungen
N. 1119
Zum Handelsregister B. Band XIII O. 3. 20. Firma „Küchenschiff“ Gesellschaft für Konditorei- und Gebäckereibetriebe mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen: Georg Reibel ist als Geschäftsführer eingetragen. Hans Konecny, Mannheim und Gerhard Teige, Mannheim sind als Gesamtschuldner bestellt und berechtigt, gemeinsam oder je in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen die Firma zu führen.

Mannheim, den 9. November 1920.
Vob. Amtsgericht G. R. 4.

Amfliche Bekanntmachungen
N. 1120
Zum Handelsregister B. Band XIII O. 3. 20. Firma „Küchenschiff“ Gesellschaft für Konditorei- und Gebäckereibetriebe mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen: Hans Konecny, Mannheim und Gerhard Teige, Mannheim sind als Gesamtschuldner bestellt und berechtigt, gemeinsam oder je in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen die Firma zu führen.

Mannheim, den 9. November 1920.
Vob. Amtsgericht G. R. 4.

und 200 000 Mk. vereinbart. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Mannheim, den 8. November 1920.
Vob. Amtsgericht G. R. 4.

Ausgabe. Die Bank für Handel und Industrie Filiale Stuttgart hat namens ihrer Zweigstelle in Stuttgart, Ludwigsstr. 10, das Aufgebot des Pfandbuchs der Rheinischen Hypothekendarlehenbank, Serie 7, Nr. 114, über 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Forderung wird aufgefordert, spätestens am dem auf Donnerstag, den 23. Juni 1921, vorm. 11 Uhr vor dem unterzeichneten Richter, H. Eber, Zimmer 114 anzuersuchen und die Urkunde vorzulegen, andernfalls die Pfandbesicherung der Forderung erlöschen wird.

Ausgabe. Auf Antrag der Bank für Handel und Industrie Filiale Stuttgart, Zweigstelle in Mannheim, hat die Rheinische Hypothekendarlehenbank als Pfandbesicherung, an den Inhaber der Forderung, die Rheinische Hypothekendarlehenbank Serie 7, Nr. 114, über 1000 Mark eine Forderung zu bewilligen, insbesondere neue Zinsen, Prämien oder Gewinnanteile oder einen Zinsrücklagenfonds auszugeben.

Mannheim, den 20. Oktober 1920.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts G. R. 4.

Öffentliche Versteigerung.
Montag, den 15. November 1920, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Auftrage des Konkursverwalters im Pfandlokal Q 6, 2 dahier, gegen bare Zahlung öffentlich versteigern:

elektrotechnisch. Artikel
und Verschiedenes
aus der Konkursmasse der Fa. Wilhelm Dammann, hier.

Brehme, Gerichtsvollzieher.

Dr. med. Casar Hirsch
Liesel Hirsch geb. Kaufmann
Vermählte

Stuttgart 11
Mannheim
14. November 1920.

Luise Beck
Wilhelm Kassler
Verlobte

Mannheim, November 1920

Stett Karten.

Pauline Wolf
Max. Grabs
Verlobte

Mannheim
Ullingen

Erstklassiger

Wander-Dekorateur

mit in. Referenzen empfiehlt sich für sämtliche Branchen
Angebote unter A. Q. 41 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Größere leere Kisten
kauft jedes Quantum
Becker & Cie., Mannheim
C. S. D. Telefon 3377. 12634

Helle, geräumige Ladenlokale
möglichst inmitten der Stadt gelegen per sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter G. L. 161 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 12610

Todes-Anzeige.

Aus amtlichen Feststellungen ist mir nach langem, vergeblichem Hoffen die traurige Gewissheit geworden, dass mein lieber, guter Mann und Vater unseres Kindes

Finanzsekretär
Daniel Schön
Leut. d. L. u. Kamp.-Führer d. Kamp. Inf.-Reg. 105
lah. d. E. K. und des Ritterkreuzes II. Kl. u. Schw. des
Ordens vom Zähringer Löwen

am 3. September 1918 bei Noyon den Heldentod gestorben ist. Schmerzerfüllt mache ich Verwandten, Freunden und Bekannten hievon Mitteilung.

MANNHEIM
STUTTGART
12. November 1920.
Emma Schön geb. Sina.

Heute entschlief sanft nach kurzem Kranksein unsere liebe Mutter, Schwester und Großmutter, Frau

Marie Wipprecht
geb. Scheib

im 79. Lebensjahre.

MANNHEIM, den 11. November 1920.

Dr. Fritz Wipprecht, Offenburg
Gustav Wipprecht, Buenos-Aires
Ella Monzel geb. Wipprecht, Heidelberg-Schlöcherbach

Otto Wipprecht, Newyork
Marie Best geb. Wipprecht, Heppenheim
Frieda Wipprecht geb. Baumberger
Max Menzel
Loia Wipprecht geb. Oye
Luise Schelb, Pirmasens
und 12 Enkelkinder.

Die Feuerbestattung findet in der Stille statt.

Nach Gottes Rathschluß entschlief heute nach kurzem schweren Leiden, versehen mit den hl. Sacramenten, mein geliebter Gatte, unser teuer, treuberechtigter Vater

Johann Luginsland

im 75. Jahre.

MANNHEIM, Emsenndingen, 12. November 1920.
N. 4, 12.

In tiefem Schmerz:
Frau Sophie Luginsland
Ernst Luginsland
Gustav Schneider u. Frau Nina
geb. Luginsland.

Die Beerdigung findet Montag, den 15. November, nachmittags 2 Uhr statt. Das Sodenamt Dienstag, 7 Uhr, in der Jesuitenkirche.
Zugedachte Kranzspenden bitten wir zu unterlassen.

Trauerbriefe
und alle anderen
Trauer-Drucksachen
Schnellste Herstellung
Druckerei Dr. Haas
E. 6. 2 - Fernruf 7940-7940

Miet-Gesuche

Feuerversicherung
sucht große, helle im Stadttinnern gelegene

Büroräume
Ausführl. Angebote mit Zeichnung unter H. B. 177 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Größere Werkstatt
mit anschließenden Büroräumen per bald zu mieten gesucht.
Angebote unter A. J. 34 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Unterricht.
Sprach- u. Nachhilfeunterricht. Staatsgep. Lehrer erteilt Unterricht in Französl., Spanisch, Deutsch, Englisch, Italienisch, Griech. u. Hebräi. 1. bis 11. Kl. u. Privatunterricht in allen Fächern. 1. bis 11. Kl. u. Privatunterricht in allen Fächern. 1. bis 11. Kl. u. Privatunterricht in allen Fächern.

Zimmer
2 Zimmerwohnung mit Küche von Beamten in Mannheim gesucht. Dringlichste Angebotsfrist 10. 11. 20. 1920. Angebote unter A. K. 26 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Wohnungstausch
Eine schön ausgestattete 6 Zimmer-Wohnung in Brühlstraße gegen eine kleine moderne 3-5 Zimmer-Wohnung in Mannheim zu tauschen gesucht. 12002 Angebote unter A. Q. 36 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Wohn- u. Schlafz. zimmer
3000 Mk. (Schlafz. zimmer) u. A. Y. 49 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Denston
mit reichlich Beschäftigung in geschäftiger Familie. Angebote unter A. P. 49 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

mobliertes Zimmer
Zwei möblierte Zimmer mit 2 Betten ist. gebr. Schränke. Angebote an B. Schmalzer, 440 Bismarckstr. 47. 11. 20. 1920.

Möbl. Zimmer
gebr. Angebote unter C. 6. 77 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Zwei möblierte Frauen
aus guter Familie suchen ein kleineres Kaffee- oder besseres Weinrestaurant und außerdem zu mieten. Reaktionen kann gestellt werden. 304 Angebote unter Z. X. 24 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Wein-Restaurant
Kaffee oder Sektrestaurant per sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Z. S. 18 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

3 Räume
in gutem Hause gesucht. Angebote unter Z. U. 20 an die Geschäftsstelle 12070

Vermietungen
Sch. Nebenzimmer. Bismarckstr. 47. 11. 20. 1920. Stadt Osterburken, P. 6, 6. 12647

Part. Stenoypist
m. eigener Maschine übernimmt Heimarbeiten. Angebote unter A. E. 38 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

Dame
für ein zu vermietendes Zimmer. Angebote unter A. F. 10 an die Geschäftsstelle, d. Bl.

